

V-105 Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

Antragsteller*in: Emilia Milla Fester (KV Hamburg-Mitte)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik, die jungen Menschen
2 nicht nur Freiräume für ihre persönliche Entwicklung bietet, sondern auch die
3 Rahmenbedingungen schafft, in denen sie Verantwortung übernehmen können. Die
4 aktuellen Debatten um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und den von der CDU
5 vorgeschlagenen Pflichtdienst unter dem Namen „Deutschlandjahr“ widersprechen
6 diesem Grundsatz. **Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen**
7 **Kreisen gefordert wird, ist nicht nur ein Rückschritt, sondern steht in klarem**
8 **Widerspruch zu unseren Werten: der Selbstbestimmung und Freiheit.**

9 Statt eines Pflichtdienstes, der die Jugend bevormundet, setzen wir auf die
10 Programmvielfalt, die sich bewährt hat, in den Bundesfreiwilligendiensten und
11 Jugendfreiwilligendiensten. Sie bieten jungen Menschen die Möglichkeit nach dem
12 Beenden ihrer Schullaufbahn ein Orientierungsjahr einzulegen und sich dabei
13 freiwillig in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu engagieren,
14 fortzubilden und kennenzulernen. **Freiwilligendienste sind ein wertvolles**
15 **Instrument, das die Selbstwirksamkeit junger Menschen stärkt, ihnen**
16 **Orientierung**
17 **im Übergang zum Berufsleben bietet und ihnen die Chance gibt,**
18 **gesellschaftliche**
19 **Verantwortung zu übernehmen.** Dabei liegt der Fokus auf Eigeninitiative und
20 Freiwilligkeit, nicht auf Zwang.

21 Jedoch können bisher nicht alle jungen Menschen einen Freiwilligendienst
22 leisten, vor allem aus finanziellen Gründen, aber auch, weil es vor Allem in
23 ausgewählten Sparten des Freiwilligendienstes nicht genug Platzangebote gibt.
24 **Wir wollen die Struktur der Freiwilligendienste grundlegend reformieren, um**
25 **diese Zugangshürden zu minimieren** und allen jungen, aber auch älteren,
26 Menschen
27 ein Jahr Freiwilligendienst ermöglichen.

28 Im Rahmen der Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf einen
29 Freiwilligendienst fordern wir:

- 30 • **Angleichung** der sozialen, ökologischen und internationalen
31 Freiwilligendienste und des Bundesfreiwilligendienst mit dem freiwilligen
32 Wehrdienst in Fragen der Besoldung/Taschengeld und Zusatzleistungen durch
33 staatliche Unterstützung
34 ◦ mindestens aber **sozialgestaffelte Anhebung des Taschengeldes**
entlang
der BAföG-Sätze + ein **kostenfreies Deutschlandticket** für alle
Freiwilligen und Anrecht auf alle Vergünstigungen, die Studierende
und Senior*innen erhalten.

- 35 ◦ Für die Finanzierung braucht es einen neuen Pakt zwischen Bund und
36 Ländern.
- 37 • Einen schrittweisen **Platzaufwuchs auf 350.000 jährliche Einsatzstellen**
38 binnen der nächsten 5 Jahre, vor allem in den Dienstfeldern, deren
39 Nachfrage höher ist als das Platzangebot. Denkbar ist hier ein
40 Umlagefinanzierung zwischen Wirtschaft, Trägern und Staat.
- 41 • Eine **Informationsoffensive**, mit Motivationsschreiben von dem*der
42 Bundespräsident*in an alle Menschen beim Schulabschluss und einer
43 übergreifenden Plattform, die das breite Angebot der Dienste darstellt,
44 Freiwillige berät, Angebote vermittelt.
- 45 • Besserstellung und Ausbau des **pädagogischen Begleitprogramms**, im Sinne
46 der
47 Medien- & Demokratiebildung bei den Trägern für alle Formen des
48 Freiwilligendienstes, insbesondere beim freiwilligen Wehrdienst. Außerdem
49 die Einrichtung einer Individualberatung oder -coaching für die Resilienz
50 und seelische Gesundheit für die Freiwilligen.
- 50 Ein solcher Rechtsanspruch würde nicht nur die **Anzahl der Freiwilligen erhöhen**,
51 sondern auch die **Vielfalt und Qualität der Dienste** sicherstellen. Denn nur wenn
52 Freiwilligendienste für alle zugänglich sind – egal ob im Umweltbereich, der
53 Pflege, im Bildungssektor oder im Katastrophenschutz – können sie ihre volle
54 Wirkung entfalten.
- 55 Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Freiwilligendienste nicht nur eine wertvolle
56 Erfahrung für die Einzelnen sind, sondern auch einen positiven
57 gesellschaftlichen Effekt haben. **Sie fördern den Zusammenhalt, schaffen soziale**
58 **Gerechtigkeit und tragen zur Bewältigung aktueller und zukünftiger**
59 **Herausforderungen bei.** Daher ist es unsere Aufgabe, den Zugang zu
60 Freiwilligendiensten für alle jungen Menschen zu sichern – durch die Einführung
61 eines Rechtsanspruchs und den gezielten Ausbau der Einsatzstellen.

weitere Antragsteller*innen

Denise Loop (KV Dithmarschen); Emily May Büning (KV Hamburg-Eimsbüttel); Pegah Edalatian-Schahriari (KV Düsseldorf); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Paul Brock (KV Hamburg-Harburg); Carl-Emil Förster (KV Hamburg-Nord); Anne Dahlhaus (KV Hamburg-Nord); Marius Schlageter (KV Ludwigshafen-Stadt); Lisa Maria Otte (KV Hamburg-Nord); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Mariann von Redecker (KV Hamburg-Bergedorf); Marlene Schönberger (KV Landshut-Land); Rosa Domm (KV Hamburg-Wandsbek); Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Julia Michler (LV Grüne Jugend Hamburg); Nils Potthast (KV Hamburg-Bergedorf); Christina Markfort (KV Hamburg-Mitte); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.